



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

75 Jahre Reichsbanner Schwarz - Rot - Gold



Landtagspräsident Schäfer bei der Eröffnungsansprache

Zum 75. Gründungstag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold haben wir am 24.2.1999 im Landtag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg eine Ausstellung durchgeführt. Die Historikerin Dr. Beatrix Herlemann hat in 6-monatiger oft mühevoller Kleinarbeit viele wertvolle und historisch wichtige Dokumente, Plakate und Fotos usw. aus der Zeit von 1924 - 1933 zusammengetragen und erreicht, daß das Historische Museum in Berlin, das Bundesarchiv in Koblenz usw. uns als Leihgaben Ausstellungsstücke überlassen haben, die Zeugnis von dem Kampf des Reichsbanners für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit ablegen. Für diese Arbeit stehen wir tief in ihrer Schuld. Bedanken müssen wir uns auch bei dem Landtagspräsidenten von Sachsen-Anhalt, Herrn Schäfer, der uns den Ausstellungsraum zur Verfügung gestellt und die Schirmherrschaft übernommen hat.

Unser besonderer Dank gilt der Lotto-Toto GmbH Sachsen-Anhalt, die uns 61.000 DM überwiesen hat und damit die Ausstellung erst ermöglichte.

Alle Gastredner haben in ihren Ansprachen die Rolle des Reichsbanners gewürdigt und insbesondere darauf hingewiesen, welcher heroischen Kampf unsere Mitglieder für den Erhalt der Weimarer Republik unter großen Opfern geführt haben. Mit fast 3,5 Millionen Mitgliedern waren wir damals die größte demokratische Massenorganisation. Die Eröffnungsrede hielt der Landtagspräsident von Sachsen-Anhalt. Anschließend sprach der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner; der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß das Reichsbanner sich schon einmal schützend vor seine Mitbürger jüdischen Glaubens gestellt hat und daß jetzt in Seminaren mit jungen Menschen Zeitzeugen, von eigenen Erlebnissen berichten, welche Verbrechen Nazis und Kommunisten verübt haben. Weitere Ansprachen hielten der Oberbürgermeister von Magdeburg, Prof. Dr. Willi Polte, der Landtagspräsident von Niedersachsen, Prof. Rolf Wernstedt, und abschließend die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, die auch im Auftrag von Bundeskanzler Gerhard Schröder dessen Grußbotschaft verlas, die wir umseitig veröffentlichen.

Weitere Grußbotschaften haben uns übersandt:

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse,

Bundespräsidentin a.D., Dr. Annemarie Renger,
Ministerpräsident a.D., Johannes Rau,

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement,

Ministerpräsident von Hessen, Hans Eichel,

Ministerpräsident von Thüringen, Bernhard Vogel,

Bundsvorsitzender der SPD, Oskar Lafontaine,

Dr. Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender des Vereins gegen Vergessen- für Demokratie und ehemaliger Bundesvorsitzender der SPD,

Regine Hildebrandt, Sozial- und Arbeitsministerin von Brandenburg.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Bonn, den 24. Februar 1999

Grußwort

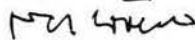
Zum 75. Jahrestag der Gründung des Vereins „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ übermittle ich allen Teilnehmern und Gästen meine herzlichen Grüße.

Die Bezeichnung Ihres Vereins als „Bund Aktiver Demokraten“, zur Zeit seiner Gründung allein eine gewisse Provokation, steht für das von Anfang an verfolgte Ziel, sich aktiv für die Demokratie in Deutschland einzusetzen. Menschen wie Sie gehörten seinerzeit zu jener Minderheit, die die Gefahr des Nationalsozialismus nicht nur sehr früh erkannte, sondern auch bereit war, öffentlich vor ihr zu warnen. Viele Ihrer Mitglieder haben damals ihr mutiges Eintreten für Demokratie und Gerechtigkeit mit dem Leben bezahlt.

Die Ausstellung, die anlässlich des 75. Jahrestages in Magdeburg zu sehen sein wird, erinnert an diesen, auch heute noch wenig beachteten, frühen Widerstand. Sie dokumentiert eindringlich die überdurchschnittliche Charakterstärke dieser Männer, die angesichts der Erkenntnis eines drohenden totalitären Regimes erforderlich ist - sie ist darüber hinaus zugleich eine Mahnung an uns heute, die Errungenschaften unserer freiheitlichen Demokratie nicht für selbstverständlich zu halten und allen antidemokratischen Tendenzen, insbesondere der Fremdenfeindlichkeit, entschieden zu begegnen.

Deshalb nehme ich diese Gelegenheit gerne zum Anlaß, Ihnen für Ihr Engagement besonders zu danken. Ich wünsche Ihnen und Ihren Gästen eine würdige Festveranstaltung und der Ausstellung die breite Resonanz, die sie verdient.

Mit freundlichen Grüßen



Nach einem gemeinsamen Rundgang durch die Ausstellung haben wir anschließend eine Gedenktafel enthüllt, die an der Stelle angebracht wurde, wo am 24.2.1924 unser Reichsbanner gegründet wurde. Über die Ausstellung haben auch die Presse und der Mitteldeutsche Rundfunk berichtet.

Andere Institutionen haben bereits Interesse bekundet, die Ausstellung zu zeigen, so der Senat von Hamburg, der Landtag von Niedersachsen, die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und die Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg. Im Frühjahr 2000 soll sie in der Gedenkstätte „Deutscher Widerstand“ in Berlin gezeigt werden.

Mit der Unterstützung von Dr. Hans-Jochen Vogel bemühen wir uns, daß diese Ausstellung auch im neuen Bundestag-Reichstag in Berlin gezeigt wird.

Die nachstehenden Fotos zeigen Bilder von der Ausstellung.





Rundgang durch die Ausstellung



Interview mit Sozialministerin Regine Hildebrandt

Was hat Sie dazu bewogen, nach der Wende politisch tätig zu werden und sich an die SPD zu binden?

In der DDR hatte ich mit Politik nichts zu tun. Ich arbeitete bei der ambulanten Betreuung von Diabetikern mit - und wollte das auch weiter tun.

Allerdings wollten wir in der Wendezeit endlich auch die DDR verändern - und dazu braucht man natürlich neue Leute, unvorbelastete Menschen. Es gab viel zu tun, aber nur wenige Menschen waren bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Ich arbeitete also zunächst - gemeinsam mit meinem Mann - bei „Demokratie jetzt“ mit. Das war in der ersten Phase wichtig, um zunächst einmal basisdemokratische Strukturen aufzubauen. Uns wurde aber schnell klar, daß es zum Aufbau eines demokratischen Systems demokratischer Parteien bedurfte. Für uns kam da nur die

neugegründete SPD in Frage, da sie als einzige Partei nicht vorbelastet war. Etwas später schloß sie sich mit der SPD zusammen.

Der Personalmangel in dieser zunächst kleinen neuen Partei war so groß, daß ich von meiner Familie und Freunden gedrängt wurde, für die Volkskammer zu kandidieren. Und schon war ich in der Politik - weniger aus Begeisterung, sondern eher aus Einsicht in die Notwendigkeit.

Welche Tätigkeit haben Sie in der DDR ausgeübt und standen Sie damals in Opposition zur politischen Führung der DDR?

Ich war 25 Jahre lang als Biologin tätig, 14 Jahre in der Insulinforschung im VEB „Berlin-Chemie“ und 11 Jahre bei der Betreuung von Diabetikern. Ich fing als



Regine Hildebrandt, Hans Bonkas

stellvertretende Abteilungsleiterin an und 25 Jahre später endete meine „Karriere“ als stellvertretende Abteilungsleiterin.

Unsere ganze Familie war nicht systemkonform. Uns paßte weder die Ideologie noch die praktische Politik. Unsere Opposition drückte sich nicht in der Mitarbeit in Bürgerrechtsgruppen aus, sondern in persönlicher und praktischer Verweigerung: weder wir noch unsere Kinder gehörten den Pionieren oder der FDJ an, von der SED oder Blockparteien ganz zu schweigen. Mein Mann hat als Bausoldat 6 Monate im Gefängnis gesessen, weil er sich geweigert hat, an militärischen Objekten mitzuarbeiten.

Meine Kinder nahmen nicht am Wehrkundeunterricht teil, sie gingen zur Konfirmation und nicht zur Jugendweihe. Dadurch hatten wir natürlich Nachteile, aber ernsthaft behelligt hat man uns nicht.

Meine politischen Freunde und ich haben uns immer für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie eingesetzt. Dafür hatten Nazis und Kommunisten gar kein Verständnis und bestraften uns als „Volksfeinde“ zu langjährigen Freiheitsstrafen. Mit großer Verbitterung mußten wir nach 1945 mit ansehen, daß die Nazischergen kaum zur Rechenschaft gezogen wurden. Bei den Verbrechen, die die Kommunisten an politisch Andersdenkenden - und hier hauptsächlich an Sozialdemokraten - begangen haben war wenigstens im Ansatz der Versuch einer Abrechnung gemacht worden. Wir haben aber kein Verständnis dafür, daß jetzt von einer Generalamnestie gesprochen wird. Was ist Ihre Meinung dazu?

Eine Generalamnestie darf es nicht geben. Man muß das Ausmaß der Verfehlung werten und den Einzelfall prüfen. Wenn aber in 100.000 rechtsstaatlichen Verfahren nur 200 Menschen verurteilt werden, ist es an der Zeit, die „Bagatelldelikte“ verjähren zu lassen oder zu amnestieren.

Wurden Sie jemals von der Stasi bespitzelt?

Ja, aber das Ausmaß kann ich nicht ermessen, weil ich keine Stasiakten eingesehen habe.

In Ihrer Grußbotschaft an das Reichsbanner anlässlich unseres Seminars im vergangenen Jahr in Berlin/Potsdam haben Sie angeregt, daß wir uns für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Damit rennen Sie bei uns offene Türen

ein, denn aus der Geschichte haben wir gelernt, daß soziale Ungerechtigkeit der beste Nährboden für radikale undemokratische Parteien ist.

Haben Sie als Sozialministerin in Brandenburg die Möglichkeit und gegebenenfalls welche, besondere soziale Härten auszugleichen?

Eine Arbeits- und Sozialministerin ist fortwährend mit der Aufgabe befaßt, soziale Härten auszugleichen - oft mit Erfolg, manchmal leider auch ohne Erfolg. Zu den schlimmsten sozialen Härten gehört für mich Arbeitslosigkeit, erst recht Langzeitarbeitslosigkeit. Wir tun da eine ganze Menge, aber wir können aus finanziellen Gründen leider nicht soviel tun, wie notwendig wäre. Brandenburg hat seit Jahren mit die niedrigste Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern, aber sie ist immer noch viel zu hoch.

Eine weitere soziale Härte, die mich belastet, aber auch anspornt, ist die Schwierigkeit junger Menschen, einen Ausbildungsplatz zu finden - sozusagen den Einstieg ins Leben. Da die duale Ausbildung in Brandenburg nicht genügend Ausbildungsplätze erbringt - wohl auch nicht erbringen kann, machen wir Jahr für Jahr zusätzliche Programme, sogenannte „Lückenschließungsprogramme“. Das verhältnismäßig arme Land Brandenburg gibt jährlich etwa 120 Millionen DM für berufliche Bildung aus.

Individuelle soziale Härten können wir allerdings in vielen Fällen nicht ausgleichen. Wir können dafür sorgen - und tun das auch - daß die Bürger die ihnen zustehenden gesetzlichen Leistungen erhalten. Wir können auch Gesetze verbessern - und tun das auch. Aber vieles an sozialen Härten entzieht sich dem Sozialstaat, und da bin ich dann auch hilflos.

Es wird immer wieder die Behauptung seitens der Unternehmer aufgestellt, daß bei uns die Grenzen des Sozialstaates schon überschritten sind. Welche Ansichten vertreten Sie?

Leistungen des Sozialstaates erscheinen bei den Unternehmern allein unter Kostengesichtspunkten, als „Lohnnebenkosten“. Diese gefährden nach Meinung vieler Unternehmensverbandsvertreter die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Tatsächlich erzielte Deutschland in 1997 einen Handelsbilanzüberschuß von annähernd 120 Mrd. Mark. Tatsächlich liegt Deutschland bei den Lohnstückkosten im Mittelfeld der europäischen Staaten. Schon unter diesen Gesichtspunkten sind die Grenzen des Sozialstaates nicht überschritten. Hinzu kommt der Gegenwert, den man dafür erhält, der „soziale Frieden“ - gelegentlich zu Recht auch als Produktionsfaktor bezeichnet. Auch seine positive ökonomische Wirkung dürfte beträchtlich sein, denn er beeinflußt Standortentscheidungen, Anzahl und Umfang von Streiks, Höhe des Krankenstandes, Motivation der Mitarbeiter etc.

Zu jeder Zeit gibt es Menschen, die es glänzend verstehen, auf Kosten der Allgemeinheit zu leben. Welche Möglichkeit sehen Sie, dies zu verhindern?

Soweit das ein gesetzliches Problem ist, kann man die Schlupflöcher stopfen. Soweit es ein ethisches Problem

ist, kann man nur an die Betroffenen appellieren und mit gutem Beispiel vorangehen. Über die Wirkung dieser „pädagogischen“ Maßnahme mache ich mir allerdings keine großen Illusionen.

Wie stehen Sie persönlich zur PDS und glauben Sie, daß deren Führungskräfte aus der Vergangenheit Lehren gezogen haben?

Zunächst einmal glaube ich nicht, daß es „die PDS“ gibt, und deswegen glaube ich auch nicht, daß es auf diese Frage eine einfache Antwort gibt. Ich kenne persönlich PDS-Mitglieder, von denen ich weiß, daß sie Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben. Von anderen bin ich allerdings ziemlich sicher, daß dies nicht der Fall ist.

Die Meinungsforscher vertreten die Ansicht, daß die Regierung Kohl/Kinkel letzten Endes auch an ihrer sozialen Kälte gescheitert ist. Was müßte nach Ihrer Ansicht die Regierung Schröder besser machen?

Genau das, was sie tut, nämlich eine Politik für diejenigen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen: eine wirkliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine

Steuerpolitik, die die Familien mit Kindern und die kleinen Einkommen entlastet, mehr Ausbildungsplätze etc. Das mag handwerklich noch nicht alles gelungen sein, aber die politische Richtung stimmt.

In Gesprächen mit ehemaligen Bürgern der DDR höre ich immer wieder die Ansichten, daß es ihnen persönlich gar nicht so schlecht geht, doch die Regierung gegen Verbrecher viel zu lasch vorgeht und es in der ehemaligen DDR am Arbeitsplatz sehr viel menschlicher zugegangen ist. Können Sie das bestätigen?

Bei solchen Feststellungen muß man genau hinhören, was gemeint ist. Daß ein autoritärer Staat Verbrechen wirksamer bekämpfen kann als ein Rechtsstaat, liegt für mich auf der Hand. Aber möchte jemand diesen Preis zahlen? So ähnlich ist es mit der Menschlichkeit am Arbeitsplatz. Es gibt den sehr anschaulichen Begriff der „Produktivitätspeitsche“. Die gab es an den Arbeitsplätzen der DDR wohl kaum, aber dies um den Preis einer wesentlich geringeren Produktivität, eines niedrigeren Einkommensniveaus und eines niedrigeren Lebensstandards. Möchte jemand diesen Preis zahlen? Die Rosinen aus beiden Kuchen wird man nicht bekommen.

Festveranstaltung zum 80. Jahrestag der Wahl von Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten

Auf Einladung der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg haben wir mit dem geschäftsführenden Bundesvorstand des Reichsbanners und 40 Auszubildenden der Frankfurter Flughafen AG an der Festveranstaltung zum 80. Jahrestag der Wahl von Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten und des 20. Jahrestages der Gründung der Stiftung teilgenommen.

Um 14.00 Uhr fand auf dem Waldfriedhof in Heidelberg am Grab von Friedrich Ebert eine Kranzniederlegung statt. Die Ansprachen am Grab wurden von Johannes Rau, Dr. Volkmar Zühlsdorff und dem Auszubildenden Peter Hüttl gehalten.

Um 17.00 Uhr fand dann im Saal der Stiftung die Festveranstaltung vor zahlreichen Ehrengästen statt. Zuvor hatten die Auszubildenden die Möglichkeit, in einem anderen Raum kurz mit Johannes Rau zu diskutieren. Nach der leider viel zu kurzen Diskussion äußerten sich die jungen Menschen ganz spontan „schade, daß wir Johannes Rau nicht persönlich zum Bundespräsidenten wählen können“.

Die nachstehenden Fotos zeigen Aufnahmen von der Kranzniederlegung am Grab von Friedrich Ebert und der Diskussion der jungen Menschen mit Johannes Rau.



Dr. Zühlsdorff hält am Grab von Friedrich Ebert die Gedenkrede für das Reichsbanner



Ministerpräsident a.D., Johannes Rau, in Diskussion mit Auszubildenden der Frankfurter Flughafen AG.



Fahnenübergabe an Holger Börner

Anfang Februar haben Dr. Volkmar Zühlsdorff, Hans Bonkas und Hans Brück in der Friedrich Ebert Stiftung in Bonn in Gegenwart des Vorsitzenden der Stiftung, Ministerpräsident a.D., Holger Börner, und des Vorsitzenden des Vereins „Gegen Vergessen - für Demokratie“

und ehemaligen Bundesvorsitzenden der SPD, Dr. Hans-Jochen Vogel, zwei alte Fahnen des Reichsbanners an Holger Börner übergeben.

Nachstehend ein Foto von der Fahnenübergabe.



Nachruf

Wir trauern um unseren Kameraden

Günter Wruck

Günter Wruck verstarb am 2. April 1999 im Alter von 72 Jahren. Bis zu seinem Tode setzte er sich im Freiheitsbund Berlin für Freiheit, Menschenwürde und Demokratie ein. Wir betrauern den Tod eines solidarischen und treuen Freundes. Unser Mitgefühl gehört seiner Familie. Wir werden Günter nicht vergessen.

Freiheitsbund e.V., Landesverband Berlin,
der Vorstand - Horst Brüggemann

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

Erscheint seit 1924

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.

Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.



Ein kleines Lächeln kann viel bewegen. Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

Flughafen
Frankfurt Main

Service zwischen Himmel und Erde